

## VOR 150 JAHREN: WÜRTTEMBERG AUF DEM WEG INS DEUTSCHE REICH

Großherzog Friedrich I. von Baden trat neben den König. *Seine Kaiserliche und Königliche Majestät, Kaiser Wilhelm, lebe hoch, hoch, hoch!* rief der süddeutsche Fürst mit lauter Stimme in den weiten Saal. *Hoch!* schallte es dreimal donnernd aus Hunderten von Kehlen zurück. Die Offiziere zückten ihre Waffen und reckten sie klirrend in die Höhe.

Die meisten Augenzeugen empfanden es so: Die Proklamation des Deutschen Reiches am 18. Januar 1871 im Spiegelsaal des Schlosses Versailles, die mit einer Predigt und Ansprachen eher nüchtern-geschäftsmäßig begonnen hatte, gewann erst mit den Hochrufen auf den preußischen König und nunmehrigen „Deutschen Kaiser“ Wilhelm die ersehnte emotionale Dimension. Nun löste sich die feierliche Anspannung, die Freude brach sich Bahn. Noch nach Jahrzehnten sollten die Teilnehmer ergriffen von dieser Erfahrung kollektiver Begeisterung berichten.

Während Großherzog Friedrich von Baden, der Schwiegersohn des Kaisers, bei der symbolischen Proklamation des Deutschen Reiches – im juristischen Sinn war das Reich bereits zum 1. Januar 1871 ins Leben getreten – eine Hauptrolle spielte, stand Württemberg abseits.

*Anton von Werner (1843–1915), Die Proklamierung des deutschen Kaiserreiches (Friedrichsruher Fassung), Öl auf Leinwand, 1885*

Der seit 1864 regierende König Karl hatte, ebenso wie Ludwig II. von Bayern, die Reise nach Frankreich vermieden. Dass er am 18. Januar mit Königin Olga den 25. Verlobungstag beging, war dabei eher nebensächlich. Vielmehr dokumentierte Karl durch seine Abwesenheit bei der Kaiserproklamation eine innere Distanz zum neuen Reich, die er ungeachtet des im November/Dezember 1870 erfolgten Beitritts seines Landes bewahrt hatte und die er bis zu seinem Tod im Jahr 1891 nicht überwinden sollte. Aus der württembergischen Königsfamilie waren in Versailles lediglich Prinz Wilhelm, der spätere König Wilhelm II., und sein Onkel August sowie die Herzöge Eugen Erdmann und sein Sohn Wilhelm Eugen aus der schlesischen Linie Karlsruhe anwesend. Keiner von ihnen spielte eine tragende Rolle bei der höfisch-zeremoniellen Veranstaltung.

Die Vorgänge bei der Kaiserproklamation lassen erahnen, dass die Integration des Königreichs Württemberg in das 1870/71 entstehende Deutsche Reich ein überaus komplexer Prozess gewesen ist. Im Gegensatz zu Baden war in Württemberg auch nach der Niederlage im Deutschen Krieg von 1866 die politische Stimmung am Hof, in der Regierung und auch in der Bevölkerung mehrheitlich preußenkritisch bzw. preußenfeindlich geblieben. Man lehnte einen kleindeutschen Nationalstaat unter der Führung der norddeutschen Vormacht ab; stattdessen





König Karl von Württemberg (1823–1891), Porträt um 1864

wollte man die Souveränität des eigenen Staates erhalten oder strebte nach einer großdeutschen Lösung der nationalen Frage, das heißt unter Einschluss Österreichs. In der württembergischen Öffentlichkeit machten vor allem die demokratische „Volkspartei“ und ihre Anhänger gegen Preußen mobil. Im Parteiblatt „Der Beobachter“ erschienen regelmäßig Artikel, die sich in polemischer Weise gegen den zunehmenden Einfluss der Hohenzollernmonarchie in Süddeutschland wandten. Militarismus, Machiavellismus, Freihandel – alle Übel kamen für die Führer der Volkspartei aus Preußen.

Zumindest aus der Rückschau wird erkennbar, dass sich die politische Stimmung, die in Württemberg nach der Niederlage im Deutschen Krieg herrschte, nicht mehr in eine realistische Politik übersetzen ließ. Das kleine südwestdeutsche Königreich (1,8 Mio. Einwohner) war in wirtschaftlicher, aber auch in militärischer Hinsicht von Preußen bzw. vom 1866 gebildeten Norddeutschen Bund (24 bzw. 30 Mio. Einwohner) abhängig. Der leitende Minister Karl von Varnbüler wusste das. Trotzdem musste er seine Politik maßgeblich an der preußenfeindlichen Stimmung ausrichten, die am Hof und im Land dominierte. Dies führte im Ergebnis zu einer „Schaukelpolitik“, die Varnbüler von Zeitgenossen wie von Historikern verschiedentlich vorgeworfen worden ist.

Der im Juli 1870 ausgebrochene Deutsch-Französische Krieg machte schließlich alle politischen Hoffnungen in Stuttgart zunichte. Der militärische Konflikt mit Frankreich setzte einen Prozess in Gang, der binnen weniger Monate zur Gründung des Deutschen Reiches führen sollte. Die deutsche Nationalstaatsbildung folgte damit einem Muster, das in Europa verbreitet war: Nationaler Krieg und Staatsgründung bildeten zwei Seiten derselben Medaille.

Der Deutsch-Französische Konflikt entzündete sich an der Frage der spanischen Thronfolge. Kaiser Napoleon III. wollte verhindern, dass mit

dem Sigmaringer Erbprinzen Leopold ein Mitglied des Hauses Hohenzollern den vakanten Madrider Thron bestieg. Er befürchtete eine „Einkreisung“ Frankreichs durch die Hohenzollern, ähnlich der Umklammerung durch das Haus Habsburg in der Frühen Neuzeit. Im Hintergrund dieser geopolitischen Besorgnisse stand eine Machtverschiebung in Europa, die sich als Folge des Deutschen Krieges von 1866 ergeben hatte. Aufgrund der nunmehr starken Stellung Preußens sah Frankreich seine Führungsrolle auf dem Kontinent gefährdet. Die norddeutsche Vormacht hingegen versuchte, ihren Einflussbereich weiter auszubauen, insbesondere nach Süddeutschland.

Als Frankreich infolge der Auseinandersetzungen um die spanische Thronfolge dem Königreich Preußen am 19. Juli 1870 den Krieg erklärte, beteiligten sich die süddeutschen Staaten Bayern, Württemberg, Baden und Hessen auf der Grundlage der 1866 bzw. 1867 geschlossenen „Schutz- und Trutzbündnisse“ an der Seite der Hohenzollernmonarchie an dem Konflikt. Der von Beginn an als „Nationalkrieg“ verstandene Waffengang gegen Frankreich verlief unerwartet erfolgreich. Im August 1870 siegten die vom preußischen Generalstabschef Helmuth von Moltke geführten deutschen Armeen in einer Reihe von Schlachten im Elsass und in Lothringen über Heeresverbände Napoleons III. Nach dem deutschen Erfolg in der Schlacht von Sedan am 1. und 2. September waren die kaiserlichen Armeen weitgehend ausgeschaltet. Napoleon begab sich in Gefangenschaft. In Paris wurde daraufhin die Republik ausgerufen.

Die württembergische Felddivision, die etwa 18.000 Mann umfasste, bildete einen Bestandteil der III. deutschen Armee, die vom preußischen Kronprinzen Friedrich Wilhelm (dem späteren Kaiser Friedrich III.) geführt wurde. Teile der Division kämpften in der Schlacht von Wörth am 6. August, spielten dort aber lediglich eine Nebenrolle. Auch in der Schlacht von Sedan kam den württembergischen Soldaten keine entscheidende Bedeutung zu. Sie nahmen an dem Gefecht nur indirekt teil, indem sie ein – wenig entschlossen agierendes – französisches Entsatzkorps abwehrten.

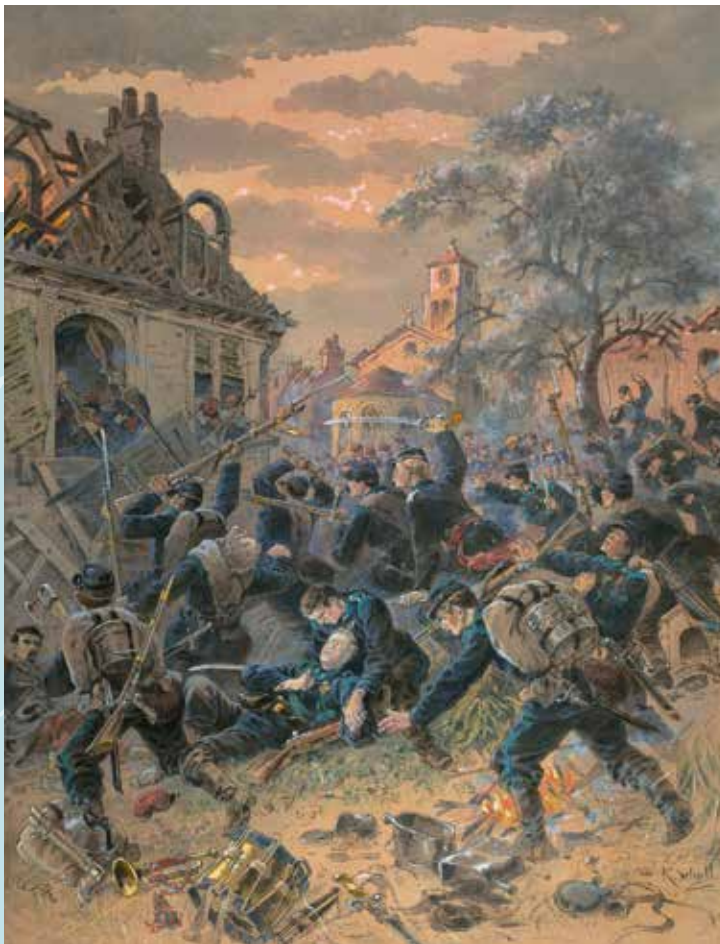
Kriegsausbruch und militärische Erfolge der deutschen Armeen im Spätsommer 1870 hatten erhebliche Rückwirkungen auf die politische Stimmung in Württemberg. Bereits seit September wurden Forderungen nach der Bildung eines

kleindeutschen Nationalstaates immer lauter erhoben. So fand am 3. September 1870, also einen Tag nach dem Sieg der deutschen Armeen bei Sedan, in der Stuttgarter Liederhalle eine von der „Deutschen Partei“ organisierte Versammlung statt, in deren Verlauf nationalpolitische Konsequenzen der militärischen Entwicklung verlangt wurden, das heißt die Bildung eines Bundesstaates. Zusammenkünfte von Sympathisanten der „Deutschen Partei“ gab es in den folgenden Wochen auch in anderen Städten des Königreiches.

König Karl und seine seit Anfang September 1870 von Justizminister Hermann von Mittnacht geführte Regierung konnten sich dem Druck der öffentlichen Meinung nicht entziehen. Bereits Mitte September stimmte Karl Konsultationen, im Oktober schließlich Verhandlungen über die neue deutsche Staatsform zu. Am 19. Oktober reisten Mittnacht und Kriegsminister Albert von Suckow als württembergische Unterhändler ins deutsche Hauptquartier nach Versailles. Die Verhandlungen, die Otto von Bismarck, der Kanzler des Norddeutschen Bundes, dort parallel mit den Vertretern Bayerns, Württembergs, Badens und Hessens über die zukünftige politische Ordnung Deutschlands führte, konnten innerhalb weniger Wochen erfolgreich abgeschlossen werden. Hessen und Baden traten am 15. November, Bayern am 23. November, Württemberg schließlich am

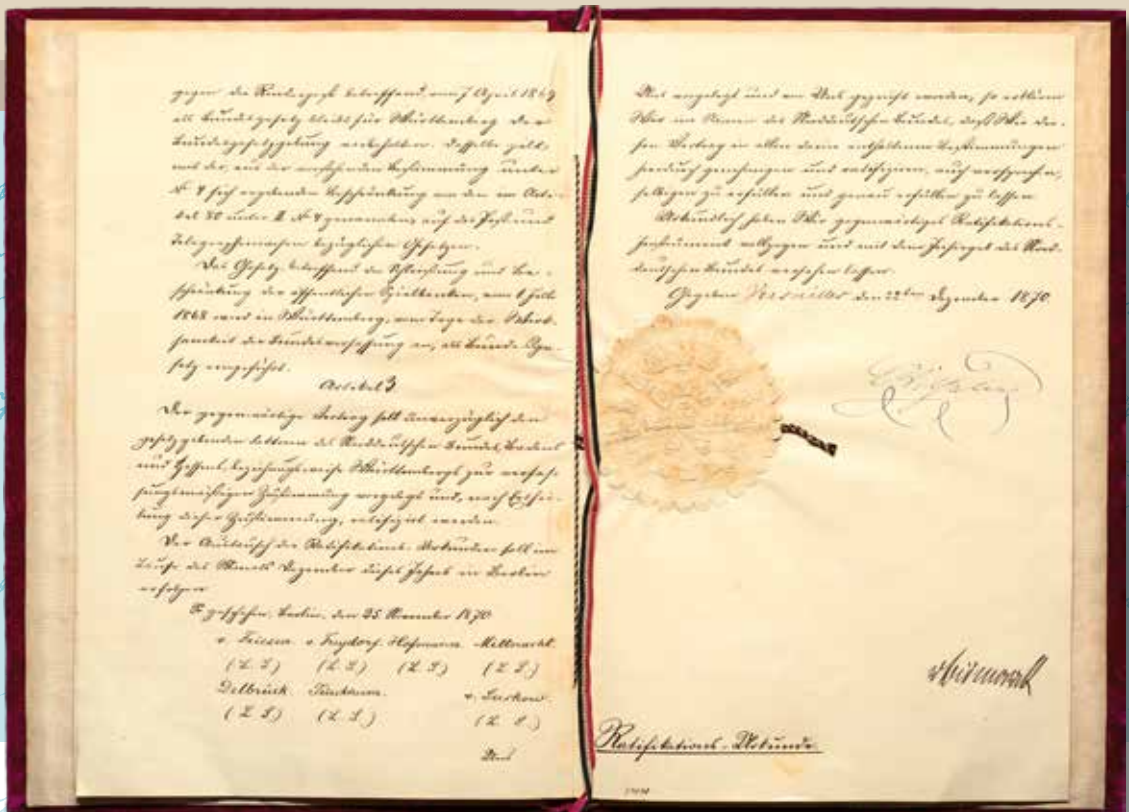
25. November dem sich formierenden neuen Deutschen Reich bei.

Dass sich Württemberg als letzter der vier süddeutschen Staaten dem Nationalstaat anschloss, ist maßgeblich auf eine Episode zurückzuführen, die die schwierige Rolle des württembergischen Königshauses im Reichsgründungsprozess schlaglichtartig beleuchtet. König Karl bestand darauf, dass Württemberg nicht zu schlechteren Konditionen in das entstehende Reich eintreten dürfe als das benachbarte, etwa dreimal so große Königreich Bayern. Die württembergischen Unterhändler in Versailles sollten aus diesem Grund möglichst in Abstimmung mit den Nachbarn verhandeln, jedoch keinesfalls mit einem schlechteren Ergebnis abschließen. Dieser Auftrag erwies sich als undurchführbar. Bismarck erkannte, dass der Beitritt Bayerns zum entstehenden Reich nur um den Preis spezieller, Württemberg vorenthaltener Reservatrechte zu erlangen war, ein Zustand, den Hermann von Mittnacht in einem Brief vom 8. November 1870 als *bayerisches Vicekaiserthum* geißelte. Als König Karl bemerkte, dass sein politisches Minimalziel kaum zu erreichen war, intervenierte er. Mittnacht und Suckow wurde untersagt, den bereits vollständig ausgehandelten Beitrittsvertrag Württembergs zum Norddeutschen Bund sowie die zugehörige Militärkonvention zu



Hermann von Mittnacht (1825–1909), württembergischer Justiz- und Außenminister, Ministerpräsident 1876–1900, Stich nach einer Fotografie, Stich und Druck von Weger, o. D.

Karl Schott (1840–1911), „Das 2. Jägerbataillon in Champigny am 2. Dez. 1870“, Aquarell, o. D. [um 1900]



Beitritt Württembergs zur Verfassung des Deutschen Bundes (Preußische Ratifikation), Versailles, 22. Dezember 1870

unterzeichnen. Mit dieser Entscheidung erinnerte Karl demonstrativ an die Souveränität Württembergs und an seine königliche Prärogative. Allein, das Veto musste angesichts der politischen Umstände ein symbolischer Akt bleiben, der eher die Ohnmacht als die Macht des Königs bewies. Württemberg konnte die Konditionen seines Beitritts zum Reich durch die Intervention nicht verbessern und auch die ersehnte Gleichstellung mit Bayern nicht erreichen. Es ergab sich lediglich eine zeitliche Verzögerung – der Anschluss Württembergs an den mittlerweile entstandenen „Deutschen Bund“, der wenig später in „Deutsches Reich“ umbenannt werden sollte, erfolgte, wie erwähnt, erst am 25. November 1870.

Durch die Novemberverträge erkannten die süddeutschen Staaten die Konstitution des Norddeutschen Bundes als Grundlage der Verfassung des Deutschen Reiches an. Allerdings konnten Bayern und Württemberg einige Reservatrechte im Bereich des Post-, Eisenbahn- und Militärwesens behaupten. Württemberg erhielt im Bundesrat vier von 52 Stimmen und sollte zukünftig 17 von 334 Abgeordneten in den Reichstag entsenden. Nach der Parlamentswahl vom 5. Dezember 1870 stimmten die beiden Kammern des württembergischen Landtags dem Beitrittsvertrag und der Militärkonvention vom 25. November jeweils mit gro-

ßer Mehrheit zu. Eine vorläufige Verfassung des Deutschen Reiches trat zum 1. Januar 1871 mit der Staatsgründung in Kraft. In diese Konstitution war der Zutritt Württembergs und Bayerns zum Reich noch nicht aufgenommen. Die endgültige Verfassung des deutschen Nationalstaates, meist als „Bismarcksche Reichsverfassung“ bezeichnet, sollte erst Monate später, am 16. April 1871, unterzeichnet werden. Sie bildete ab dem 4. Mai 1871 fast fünfzig Jahre lang die Grundlage des staatlichen Lebens im Reich.

Während die politischen Entwicklungen sich im Herbst 1870 insgesamt sehr zügig vollzogen, standen die deutschen Heere in Frankreich noch im Kampf gegen die Französische Republik. Wenige Tage nach dem Beitritt Württembergs zum Deutschen Bund am 25. November wurde die inzwischen bei der Zernierung von Paris eingesetzte Felddivision des südwestdeutschen Königreichs vor eine schwierige Aufgabe gestellt. Ab dem 30. November unternahmen die in der französischen Hauptstadt stationierten Truppen einen lange vorbereiteten Ausbruchversuch, der sich gegen die von Württembergern und Sachsen gehaltenen Stellungen an der Marne im Südosten von Paris richtete. Die II. Armee unter General Auguste-Alexandre Ducrot attackierte zwischen Bry-sur-Marne und Champigny-sur-Marne die Belagerungstruppen mit etwa 100.000 Mann und damit mit einer Überzahl von etwa 4:1. Mit größter Mühe gelang es den deutschen Verbänden am 30. November,



einen Durchbruch durch die eigenen Linien zu verhindern. Die Kämpfe flammten am 2. Dezember nochmals mit Heftigkeit auf, als die Deutschen, die inzwischen weitere Truppen an den bedrohten Frontabschnitt verlegt hatten, zum Gegenangriff übergingen. Obwohl die Attacke lediglich Teilerfolge erbrachte, zog sich die Armee Ducrots anschließend wieder nach Paris zurück. Der französische Ausfallversuch war gescheitert. Der Preis, den die württembergischen Verbände für den militärischen Erfolg zahlten, war allerdings hoch. Insgesamt beklagte die Felddivision in den Kämpfen Ende November/Anfang Dezember Verluste von knapp 2.000 Mann. 579 Württemberger starben.

In den folgenden Wochen bis zum Waffenstillstand zwischen dem Deutschen Reich und Frankreich vom 31. Januar 1871 wurden die württembergischen Soldaten in keine größeren Gefechte mehr verwickelt. Nach dem Abschluss des Präliminarfriedens am 26. Februar übte die Felddivision Besatzungsaufgaben in den Departements Marne und Haute-Marne aus, bevor sie nach dem Frieden von Frankfurt am Main vom 10. Mai 1871 nach Schwaben zurückver-

*Christian Speyer (1855 – 1929), „Einzug der siegreichen württ. Truppen in Stuttgart durch den Triumphbogen am Tübingerthor den 29. Juni 1871“, Öl auf Leinwand o. D.*

legte. Die heimkehrenden Soldaten wurden von der Bevölkerung begeistert empfangen.

Die menschlichen Opfer, die der Krieg gefordert hatte, galten bereits während des Konflikts, vor allem jedoch danach als notwendige Blutopfer für die Gründung des Deutschen Reiches. Diese Denkfigur bekräftigte die Verbindung von Krieg und Nationalstaatsgründung. Sie prägte die Erinnerung an die Umbruchsjahre 1870/71 nachhaltig, fand Eingang in die Historiografie und in die Erinnerungsliteratur und objektivierte sich in den Kriegs- und Reichseinigungsdenkmälern, die bis zum Ersten Weltkrieg auch in Württemberg in großer Zahl errichtet wurden. Unter diesen Vorzeichen gelang es rasch, die bis 1870 mehrheitlich preußenkritischen Württemberger für das Deutsche Reich zu gewinnen und das südwestdeutsche Königreich in den deutschen Nationalstaat zu integrieren.

*Wolfgang Mährle*



## AUSSTELLUNG

### NATION IM SIEGESRAUSCH. WÜRTTEMBERG UND DIE GRÜNDUNG DES DEUTSCHEN REICHES 1870/71

Hauptstaatsarchiv Stuttgart | Konrad-Adenauer-Str. 4

Bis 31. Juli 2020

Nähere Informationen unter [www.landesarchiv-bw.de/hstas](http://www.landesarchiv-bw.de/hstas)  
oder Tel. 0711/212-4335

Zur Ausstellung ist ein umfangreiches Begleitbuch erschienen.

